

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (LINKE)

vom 30. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. Dezember 2020)

zum Thema:

**Einsatz von V-Personen und verdeckten Ermittlern im Rahmen der
Strafverfolgung**

und **Antwort** vom 17. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. Dez. 2020)

Herrn Abgeordneten Sebastian Schlüsselburg (Die Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25747
vom 30. November 2020
über Einsatz von V-Personen und verdeckten Ermittlern im Rahmen der Strafverfolgung

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Nach Ziffer 5.3. der Anlage D der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) ist im Falle des beabsichtigten Einsatzes einer V-Person in einem Ermittlungsverfahren zur Bestätigung der zugesicherten Geheimhaltung für diesen Einsatz die Einwilligung der Staatsanwaltschaft herbeizuführen. In wie vielen Ermittlungsverfahren wurde seit 2012 durch jeweils welche Stelle die Einwilligung bei der Staatsanwaltschaft beantragt? In wie vielen und welchen dieser Ermittlungsverfahren wurde aus jeweils welchen Gründen dem Antrag stattgegeben bzw. der Antrag abgelehnt?

Zu 1.: Die Staatsanwaltschaft Berlin erfasst ausschließlich Vertraulichkeitszusagen.

Die Anzahl der Vertraulichkeitszusagen stellt sich wie folgt dar:

2012: 395
2013: 323
2014: 281
2015: 286
2016: 259
2017: 265
2018: 235
2019: 219
2020: 181 (Stand 04.12.2020).

Die zur Beantwortung der weitergehenden Frage notwendigen Informationen werden nicht statistisch erfasst.

2. In wie vielen und jeweils welchen der vorbezeichneten Ermittlungsverfahren konnte die Einwilligung nicht rechtzeitig herbeigeführt werden (Ziff. 5.3. Satz 2 Anlage D RiStBV) und musste die Staatsanwaltschaft jeweils wann nachträglich unterrichtet werden? In wie vielen dieser Fälle genehmigte die Staatsanwaltschaft den Einsatz und in wie vielen Fällen nicht?

Zu 2.: Im Rahmen der statistischen Erfassung der erfragten Vorgänge erfolgt bei der Polizei Berlin keine Differenzierung nach rechtzeitiger Genehmigung und retrograder Unterrichtung der Staatsanwaltschaft. Eine nachträgliche Zuordnung zu einzelnen Ermittlungsverfahren ist nicht möglich.

Die zur Beantwortung der Frage notwendigen Informationen werden von der Staatsanwaltschaft Berlin nicht statistisch erfasst.

3. Wie stellt sich die Rechtslage in den Fällen dar, in denen es zu einem Einsatz ohne nachträgliche Genehmigung der Staatsanwaltschaft gekommen ist?

Zu 3.: Eine nachträgliche Genehmigung der Staatsanwaltschaft ist in den Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) nicht vorgesehen. Eine unverzügliche retrograde Unterrichtung der Staatsanwaltschaft genügt.

4. Welche Stellen bei der Staatsanwaltschaft waren im Berichtszeitraum bei den vorbezeichneten Fällen jeweils zuständig für die Einwilligung bzw. Genehmigung?

Zu 4.: Über die Bestätigung der Zusicherung der Geheimhaltung vor dem Beginn der Zusammenarbeit mit einer V-Person, welche bereit ist, die Strafverfolgungsbehörden auf längere Zeit zu unterstützen, oder über die Zustimmung zum Einsatz einer Vertrauensperson von grundlegender Bedeutung entscheidet nach I 5.1 der Gemeinsamen Allgemeinen Verfügung über die Inanspruchnahme von Informantinnen und Informanten und über den Einsatz von Vertrauenspersonen und Verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern im Rahmen der Strafverfolgung vom 31. Oktober 2019 bei der Staatsanwaltschaft Berlin und der Generalstaatsanwaltschaft Berlin die jeweilige Behördenleitung oder deren Vertretung. Einen derartigen Fall – mithin die Zusicherung der Geheimhaltung vor der Zusammenarbeit (die von den bislang erteilten 181 einzelnen Vertraulichkeitszusagen im Jahre 2020 zu trennen ist) – hat es nach Mitteilung des Leitenden Oberstaatsanwalts in Berlin im Zeitraum ab dem 31. Oktober 2019 noch nicht gegeben.

Grundsätzlich liegt bei der Staatsanwaltschaft Berlin die Zuständigkeit bei den Hauptabteilungsleiterinnen und Hauptabteilungsleitern.

5. Wer übte die Fachaufsicht über die vorbezeichneten Stellen aus?

Zu 5.: Die Fachaufsicht über die Hauptabteilungsleiterinnen und Hauptabteilungsleiter übt der Leitende Oberstaatsanwalt in Berlin aus.

6. Wie und durch jeweils welche Stellen wurden im Berichtszeitraum Vermerke über die Gespräche mit der Polizei über die Mitwirkung der Informanten/V-Personen und über die getroffene Entscheidung gefertigt und wie stellen sich die Speicher- und Aufbewahrungsfristen für diese Vermerke auf welcher Rechtsgrundlage dar (Ziff. 5.6. Anlage D RiStBV)?

Zu 6.: Die Polizei Berlin fertigt hierzu keine Vermerke. Sie erhält Durchschriften der von der Staatsanwaltschaft gefertigten Gesprächsvermerke, die Aktenbestandteil bei der zuständigen Fachdienststelle für die VP-Führung werden. Die Aufbewahrungsfristen richten sich nach der Geschäftsanweisung Zentrale Serviceeinheit I Nr. 5/2013 über die Aufbewahrung und Aussonderung bzw. Vernichtung von Akten und Archivgut.

Die Aufbewahrung der Vermerke der Staatsanwaltschaft über Gespräche richtet sich nach Nr. 651 Buchstabe b) der Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Staatsanwaltschaft, Anwaltschaft, Justizvollzugsbehörden sowie der Sozialen Dienste der Justiz (Schriftgutaufbewahrungsverordnung/SchrAV) in Verbindung mit dem Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz des Landes Berlin (Schriftgutaufbewahrungsgesetz/SchrAG) und sowie dem Justizaktenaufbewahrungsgesetz (JAG). Die Aufbewahrungsdauer beträgt 20 Jahre.

Berlin, den 17. Dezember 2020

In Vertretung
Dr. Brückner
Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung